



Pressemitteilung

Donnerstag, 14. Mai 2020

Norderstedt zeigt Flagge: 17. Mai ist internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie

Norderstedt. Nach wie vor werden weltweit jedes Jahr Tausende Menschen diskriminiert, gefoltert oder gar getötet, weil sie das gleiche Geschlecht lieben und nicht dem tradierten Bild einer Mann-Frau-Beziehung entsprechen. Am 17. Mai, dem „Internationalen Tag gegen Homophobie“, wird daher jedes Jahr auf das Bedürfnis nach gleichen Rechten und Respekt hingewiesen. Auch die Stadt Norderstedt wird einmal mehr Flagge zeigen und die Regenbogenfahne vom 14. bis 18. Mai vor dem Rathaus hissen.

Ziel der gemeinsamen Aktion von Politik und Stadtverwaltung ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren und das Ihrige zu tun, um die Weltoffenheit und Vielfalt, der sich die Stadt Norderstedt verpflichtet fühlt, mit Leben zu füllen. „Für uns als Stadt ist es wichtig, allen Menschen ein Zuhause bieten zu können, ein Zuhause, in dem sie sich sicher, geborgen und akzeptiert fühlen. Die Diskriminierung von Menschen ist für uns inakzeptabel. Und daher setzen wir uns ganz entschieden dafür ein, dass Akzeptanz, gegenseitiges Verständnis und ein gutes Miteinander für alle Menschen, die hier leben, etwas ganz Selbstverständliches sind. Niemand sollte sich bei uns in Norderstedt aufgrund seiner geschlechtlichen Ausrichtung oder sexuellen Identität rechtfertigen müssen“, sagt Norderstedts Oberbürgermeisterin Elke Christina Roeder.

Seit 2019 ist die Stadt Norderstedt Teil des Bündnisses für Akzeptanz und Respekt in Schleswig-Holstein. Im Juni 2019 hatte die Norderstedter Stadtvertretung auf Initiative von Danny Clausen-Holm (SPD) in Zusammenarbeit mit Arne Mann (CDU) den Beitritt bei nur einer Gegenstimme beschlossen, um ein öffentliches, sichtbares Zeichen für die Gleichbehandlung und Anerkennung von vielfältigen sexuellen Identitäten zu setzen. „Eine vielfältige, diverse Gesellschaft ist Chance und Stärke zugleich. Wir alle müssen dafür Sorge tragen, dass dieses vielfältige und bunte Klima für alle auch in Zukunft erhalten und in Norderstedt zudem sichtbarer wird“, sagt Danny Clausen-Holm.

Mit-Initiator Arne Mann hält es ebenfalls für wichtig, weiterhin deutlich Flagge zu zeigen. „Gleichberechtigung, Akzeptanz und Respekt zu zeigen und zu leben, ist unser aller Aufgabe. Als Politik wollen wir mit gutem Beispiel parteiübergreifend vorangehen. Es ist unsere Aufgabe, Zeichen zu setzen und dafür Sorge zu tragen, dass die Unterzeichnung der Lübecker Erklärung kein Lippenbekenntnis ist. Es gibt schließlich kein "ein bisschen gleich", sondern: Gleich heißt gleich. Gerade in Zeiten, in denen Ausgrenzung und radikale Äußerungen wieder vermehrt



wahrnehmbar sind, ist es wichtig zu zeigen, dass Norderstedt eine offene und bunte Stadt ist“.

Trotz Streichung des Paragraphen 175 im Jahre 1994, der Öffnung der Ehe für alle und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), ist eine breite gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber Homosexuellen in Deutschland keineswegs selbstverständlich. In anderen Ländern verhallt der Ruf nach Gleichstellung gänzlich ungehört. So haben sich beispielsweise seit Mitte 2019 in Polen fünf der 16 Regierungsbezirke sowie etliche Landkreise und Gemeinden öffentlich als „Homosexuellenfreie-Zone“ erklärt. Die Regierungspartei PiS und Amtsträger der dortigen katholischen Kirche befeuern dieses Klima. CSD-Demonstrationen wurden von Rechtsradikalen angegriffen. All dies geschieht mitten in Europa. Die Ausgrenzung und Diskriminierung von Homosexuellen sei menschenunwürdig, so Norderstedts Gleichstellungsbeauftragte Claudia Meyer. „Vielfalt macht nicht nur in der Kultur das Leben bunt. Auch in der Natur ist das so. Akzeptanz oder wenigstens Toleranz sowohl für verschiedene sexuelle Orientierungen als auch geschlechtliche Zugehörigkeiten würde uns allen das Leben erleichtern“, sagt die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Norderstedt. „Gleichberechtigung bedeutet auch: Umgang auf Augenhöhe.“

Vor nunmehr 30 Jahren, am 17. Mai 1990 hat die Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) den weithin als überfälligen betrachteten Beschluss gefasst, Homosexualität von der Liste psychischer Krankheiten zu streichen. Der 17. Mai wurde daraufhin zum „Internationalen Tag gegen Homophobie“ ausgerufen. Das Europäische Parlament hatte im Januar 2006 betont, dass Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung auf das Schärfste verurteilt gehört, Dem Engagement gegen Homophobie und Hassgewalt seien alle Mitgliedstaaten verpflichtet.